

L27**Jusos Mitte****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Ausweitung des Wahlrechts zum Bundestag****1 Ausweitung des Wahlrechts zum Bundestag**

2

3 Wahlen sind das demokratische Fundament
 4 unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.
 5 Bei den vergangenen Bundestagswahlen 2021
 6 konnten rund 14 % der in Deutschland leben-
 7 den volljährigen Personen nicht wählen. Grund
 8 dafür war ihre fehlende deutsche Staatsbür-
 9 gerschaft. Dadurch wird ihnen das Recht zur
 10 demokratischen Teilhabe abgesprochen. Diese
 11 Menschen leben, arbeiten und zahlen Steuern
 12 in Deutschland. Sie sind Teil unserer Gesell-
 13 schaft und genauso von bundespolitischen
 14 Entscheidungen betroffen, wie Staatsbürger*in-
 15 nen. Daher sollten sie die Möglichkeit haben
 16 über die Zusammensetzung unser wichtigstes
 17 Repräsentationsorgan, dem Bundestag, mitzu-
 18 entscheiden. Gerade in Zeiten, wo es besonders
 19 wichtig ist demokratische Werte hochzuhalten,
 20 sollte das eine Selbstverständlichkeit sein.

21

22 Wir sind der Meinung: Volljährige Personen, die
 23 in Deutschland leben, müssen auf diese auch
 24 elektoralen Einfluss nehmen dürfen. Die Wahl
 25 als Herz der Demokratie darf nicht weiter exklu-
 26 siv sein.

27

28 Nur wer sich einbürgern lassen lässt, bekommt
 29 die Möglichkeit bei der Bundestagswahl mitzu-
 30 entscheiden. Wieso uns das nicht reicht? Auch
 31 die Einbürgerung ist exklusiv: So sind fehlen-
 32 de Deutschkenntnisse und kein gesicherter Le-
 33 bensunterhalt Ausschlusskriterien für die Ein-
 34 bürgierung. Ein Zwang zur deutschen Staatsbür-
 35 gerschaft darf kein Kriterium zur demokrati-
 36 schen Partizipation sein.

37

38 Daher fordern wir die SPD-Fraktion des Bundes-
 39 tages dazu auf, sich dahingehend einzusetzen,

**Empfehlung der Antragskommission
Ablehnung (Kein Konsens)**

Wir fordern die SPD-Fraktion des Bundestages dazu auf, sich dahingehend einzusetzen, dass mündige Personen, die seit mindestens fünf Jahren in Deutschland leben, das aktive und passive Wahlrecht zur Bundestagswahl gewährt wird. Als mündige Personen verstehen wir Menschen ab 16 Jahren. Länder wie Chile und Kolumbien zeigen uns, dass diese Regelung zielführend ist.

40 dass volljährigen Personen, die seit mindestens
41 fünf Jahren in Deutschland leben, das aktive und
42 passive Wahlrecht zur Bundestagswahl gewährt
43 wird. Länder wie Chile und Kolumbien zeigen
44 uns, dass diese Regelung zielführend ist.

45

46 **Begründung**

47 Wahlen sind das demokratische Fundament
48 unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.
49 Bei den vergangenen Bundestagswahlen 2021
50 konnten rund 14 % der in Deutschland leben-
51 den volljährigen Personen nicht wählen. Grund
52 dafür war ihre fehlende deutsche Staatsbür-
53 gerschaft. Dadurch wird ihnen das Recht zur
54 demokratischen Teilhabe abgesprochen. Diese
55 Menschen leben, arbeiten und zahlen Steuern
56 in Deutschland. Sie sind Teil unserer Gesell-
57 schaft und genauso von bundespolitischen
58 Entscheidungen betroffen, wie Staatsbürger*in-
59 nen. Daher sollten sie die Möglichkeit haben
60 über die Zusammensetzung unser wichtigstes
61 Repräsentationsorgan, dem Bundestag, mitzu-
62 entscheiden. Gerade in Zeiten, wo es besonders
63 wichtig ist demokratische Werte hochzuhalten,
64 sollte das eine Selbstverständlichkeit sein.

65 Wir sind der Meinung: Volljährige Personen, die
66 in Deutschland leben, müssen auf diese auch
67 elektoralen Einfluss nehmen dürfen. Die Wahl
68 als Herz der Demokratie darf nicht weiter exklu-
69 siv sein.

70 Nur wer sich einbürgern lassen lässt, bekommt
71 die Möglichkeit bei der Bundestagswahl mitzu-
72 entscheiden. Wieso uns das nicht reicht? Auch
73 die Einbürgerung ist exklusiv: So sind fehlen-
74 de Deutschkenntnisse und kein gesicherter Le-
75 bensunterhalt Ausschlusskriterien für die Ein-
76 bürgerung. Ein Zwang zur deutschen Staatsbür-
77 gerschaft darf kein Kriterium zur demokrati-
78 schen Partizipation sein.